

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Sparkurs für die Bevölkerung, Luxus für den Ratspräsidenten](#)
2. [Innenministerin Faeser schasste Arne Schönbohm als BSI-Chef nach Böhmermann-Sendung – jetzt räumt sie ein: An den Vorwürfen war nichts dran](#)
3. [Russische Rakete auf Nato-Flugzeug: Als wir vor dem Dritten Weltkrieg standen](#)
4. [Die SÜDDEUTSCHE und der Iwan: Das NATO-Kriegs-Orchester](#)
5. [Krieg in Syrien: Die Rückkehr Assads und das Scheitern des Westens](#)
6. [Ein Institut räumt mit den Mythen auf](#)
7. [Israelische Regierung streitet um Frage, was rechts genug ist: Verachtung für das Leben](#)
8. [Robert Habeck hat den Osten vergessen](#)
9. [„Risikominderung“ spiegelt Mentalität des „Kalten Krieges“ wider](#)
10. [Sekundär-Sanktionen: EU sucht die Isolation](#)
11. [Studie stellt haufenweise gefälschte Publikationen fest](#)
12. [Bericht über sprunghaften Anstieg: Deutlich mehr kranke Pflegekräfte](#)
13. [Zukunft der Altenpflege: Das hausgemachte Pflegedesaster](#)
14. [Zahlenchaos: Wie viele Lehrer fehlen in Bayern wirklich?](#)
15. [Gender-Terror: Die Erziehungsmaßnahmen der Sprachpolizisten nerven!](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Sparkurs für die Bevölkerung, Luxus für den Ratspräsidenten**

Während die Preiskrise Millionen Europäer vor Existenzängste stellt, verprasst der Präsident des EU-Rats Charles Michel massenweise Steuergelder für verschwenderische Privatjet-Flüge. Für das kommende Jahr steht ihm ein exzessives

Budget von 2,6 Millionen Euro zur Verfügung.

Seitdem die Energiepreise explodiert sind, waren die obersten Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und der EU nicht darum verlegen, den Menschen zweifelhafte Tipps zum Energiesparen zu geben. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck berichtete stolz, er habe seine Duschzeiten verkürzt, während sein Parteifreund Winfried Kretschmann den Menschen dazu riet, doch einfach einen Waschlappen zu benutzen. Hoch im Kurs standen außerdem Sparduschköpfe, geschlossene Fenster, Wäsche waschen bei 30 Grad oder der Verzicht auf das Bügeleisen. So manch einer fühlte sich an Thilo Sarrazin erinnert, der Hartz-IV-Empfängern einst vorschlug, sie sollten sich im Winter einfach einen dicken Pullover anziehen, anstatt zu heizen.

Quelle: [Martin Schirdewan auf Jacobin](#)

2. **Innenministerin Faeser schasste Arne Schönbohm als BSI-Chef nach Böhmermann-Sendung - jetzt räumt sie ein: An den Vorwürfen war nichts dran**

Arne Schönbohm wurde von Innenministerin Nancy Faeser im Herbst vorigen Jahres als Chef der obersten Cybersicherheitsbehörde Deutschlands abgesetzt.

Hintergrund waren Vorwürfe in der ZDF-Sendung von Jan Böhmermann, Schönbohm pflege zu engen Kontakt mit einem dubiosen Verein, der Verbindungen zu russischen Geheimdiensten habe.

Sechs Monate lang untersuchte das Innenministerium den Fall. In einem Schreiben an Schönbohms Anwälte räumt das Ministerium jetzt ein: An den Vorwürfen sei nichts dran, ein Disziplinarverfahren werde daher nicht eingeleitet.

Quelle: [Business Insider](#)

3. **Russische Rakete auf Nato-Flugzeug: Als wir vor dem Dritten Weltkrieg standen**

Pentagon-Leak offenbart, dass Russland beinahe einen Nato-Aufklärer über der Krim abschoß. Mit Glück sind wir dem nuklearen Holocaust entgangen. Warum die Gefahren zunehmen.

Ein britisches Nato-Überwachungsflugzeug startet vom Militärflugplatz Waddington in England, überfliegt Europa Richtung Schwarzes Meer. Es geht um eine Abhörmission militärischer und nachrichtendienstlicher Kommunikation rund um die von Russland okkupierte Krim.

Das war am 29. September im letzten Jahr. An Bord des Flugzeugs sind 30 Crew-Mitglieder. Wir wissen das durch die Veröffentlichung eines Pentagon-Geheimdokuments, mutmaßlich geleakt von dem Luftwaffensoldaten Jack Teixeira in einem Discord-Gruppenchat.

Wir haben im Zuge des Leaks tatsächlich noch mehr über diesen Zwischenfall erfahren. Denn als der britische Aufklärer die Küste der Krim erreichte, stiegen zwei

russische Kampfjets in den Himmel, um das Flugzeug auf seiner Nato-Mission abzufangen.

Was dann folgte, war brandgefährlich. Ein russischer Pilot, auf Befehl der Kommandozentrale, feuerte eine Rakete auf das Aufklärungsflugzeug mit den Soldaten der Royal Air Force ab. Aufgrund einer technischen Panne verpasste die Rakete ihr Ziel.

Wir standen also kurz vor einem Dritten Weltkrieg.

Quelle: [Telepolis](#)

4. **Die SÜDDEUTSCHE und der Iwan: Das NATO-Kriegs-Orchester**

Man gibt diese Überschrift - ‚Moskau inszeniert Demos im Westen‘ - der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG in die übliche Suchmaschine und bekommt unter dem aktuellen Datum nahezu identische Headlines von der NORDSEEZEITUNG, vom Sender NTV, von ProSieben, von t-online.de, vom SRF Schweizer Radio und Fernsehen, vom Weser-Kurier und der FAZ. Wer diese orchestrierte Kampagne für Zufall hält oder für demokratische Pressevielfalt oder gar Pressefreiheit, der hält auch Frau Baerbock für brilliant oder Herrn Habeck für einen Heizungspumpen-Ingenieur. Die SÜDDEUTSCHE (SZ) gilt als Leitmedium und verströmt das Parfum einer gewissen Bildung: Wer sie unter dem Arm trägt, hält sich für einen Intellektuellen. Das Blatt hat eine verkaufte Auflage von 283.759 Exemplaren und erreicht nach der Boulevardzeitung BILD die zweithöchste Auflage der deutschen Tageszeitungen. Sie gehört der Südwestdeutschen Medien Holding GmbH und ist im Familienbesitz. Zum 1. Januar 1994 übernahm Thomas Schaub mit 32 Jahren die Geschäftsführung des Verlagsunternehmens von seinem Vater Dieter Schaub. Die Generation ERBEN ist angetreten.

Der Artikel beginnt mit dem schönen Wort „offenbar“. Ein Wort, das nur offenbart, dass die Autoren nichts Beweisbares offenbaren können. Es wird, im Wechsel mit dem Wort „soll“, dem Text seine Glaubens-Struktur geben. Die Leser sollen die Behauptungen der SZ glauben: Der Behauptung, dass „russische Geheimdienste Kundgebungen in Europa unterwandern“. Wenn die Behauptungs-Worte „offenbar“ oder „sollen“ nicht ausreichen, wird ausgerechnet Michael Chodorkowski als Quelle angegeben: Ein Profiteur durch Raub des russischen Volksvermögens wird zum Kronzeugen gegen Russland.

Quelle: [Rationalgalerie](#)

5. **Krieg in Syrien: Die Rückkehr Assads und das Scheitern des Westens**

Die vielzitierte Zeitenwende begann nicht 2022 in der Ukraine. Sondern mit dem Scheitern des Regimewechsels in Syrien. Die Hintergründe der westlichen Intervention gegen Assad und die Folgen ihres Misserfolgs sind Thema der Analyse. Die arabischen Länder haben die Rückkehr Syriens in die Arabische Liga beschlossen.

Damit endet die Isolation der syrischen Regierung, die 2011 aus der Organisation ausgeschlossen wurde. Es ist nur der letzte formale Schritt eines Comebacks, das sich seit Jahren schrittweise vollzogen hat. Bereits 2018 hatten die Vereinigten Arabischen Emirate wieder Botschafter nach Damaskus entsandt. Im März 2022 wurde Assad bereits der rote Teppich bei seinem Staatsbesuch in Dubai und Abu Dhabi ausgerollt. Gleichzeitig wurde damals auch der syrische Außenminister im saudischen Riad empfangen.

Die USA und ihre NATO-Verbündeten schlucken jetzt die bittere Pille der neuen Realität. Die Pille heißt: Assad is back. Und im Beipackpackzettel steht zu den toxischen Nebenwirkungen: Die geopolitische Strategie der USA im Nahen und Mittleren Osten ist gescheitert.

Da ist vor etwa zehn Jahren ein langsamer Erdrutsch in Gang gekommen, der die postsowjetische Weltordnung über den Haufen wirft, die aus der Optik von Washington hätte Teil einer natürlichen Evolution sein sollen. Auch wenn die Pressestelle des Weißen Hauses es nicht so formuliert, es ist ein Schock: Die Araber machen, was sie wollen.

Quelle: [Hintergrund](#)

6. **Ein Institut räumt mit den Mythen auf**

Die Forscherinnen und Forscher von Akevot kämpfen um die unbeschönigte, aber heilsame Wahrheit von der Gründung des jüdischen Staates und über das Schicksal der Palästinenser.

Leicht zu finden ist die Adresse in Haifas Hafenviertel nicht. Akevot, ein Institut, das israelisch-palästinensische Konfliktforschung betreibt, hat nicht mal ein Namensschild an der Haustür. Sicherheitshalber hat man auch kein Interesse daran, das zu ändern. Akevot möchte keinen ungebetenen Besuch aus nationalrechten Kreisen, für die die Institutsangehörigen linke „Nestbeschmutzer“ sind. Weil sie beim Stöbern in staatlichen Archiven öfters Dinge zutage fördern, die sich schlecht mit der offiziellen Erzählung vertragen, wonach Israels Streitkräfte seit Staatsgründungszeiten die moralischsten der Welt sind.

Längst hat sich einiges als Mythos entpuppt, was sich um den israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948/49 rankt. Zum Beispiel, dass die Haganah, Miliz-Vorläuferin der Armee, nur zur Selbstverteidigung zu den Waffen gegriffen habe, derweil die arabische Bevölkerung von sich aus, beziehungsweise auf Drängen ihrer Militärs, das Weite gesucht habe.

Quelle: [FR Online](#)

7. **Israelische Regierung streitet um Frage, was rechts genug ist: Verachtung für das Leben**

Israel hat nahezu 5.000 Palästinenser inhaftiert, mehr als 1.000 von ihnen ohne

Gerichtsurteil und nur aufgrund administrativer Maßnahmen. Am 2. Mai starb Khader Adnan im Alter von 45 Jahren. Er hatte 87 Tage lang mit einem Hungerstreik gegen seine administrative Haft protestiert. Raketen aus Gaza auf israelische Siedlungen im Umkreis des Gazastreifens waren die palästinensische Reaktion. Es folgten israelische Luftangriffe auf Gaza - und ein schneller Waffenstillstand nach Vermittlung durch die UN, Ägypten und Katar. Für Itamar Ben-Gvir, den Rechtsaußen in der rechten israelischen Regierung, war der Waffenstillstand inakzeptabel. Er drohte damit, die Regierungskoalition zu verlassen. Doch sein Einfluss scheint geschwunden. (...) Der frühere Ministerpräsident Naftali Bennett kritisierte die Regierung von Benjamin Netanjahu - wegen des Waffenstillstands. Die Regierung habe Raketenangriffe aus dem Libanon, aus Gaza und Syrien ignoriert - da sei es keine Überraschung, dass der Feind weiterhin angreife. Und Ben-Gvir verlangte gar 50 Vergeltungsangriffe für jeden Angriff aus Gaza. Er nahm den Waffenstillstand zum Anlass, der Regierung mit dem Ende seiner Unterstützung zu drohen. Am Dienstag kündigte Ben-Gvir an, mit seiner Fraktion vorerst nicht mehr an Knesset-Abstimmungen teilzunehmen. Er berief stattdessen eine Fraktionssitzung in Sderot ein. Sderot ist ein Städtchen unweit des Gazastreifens und immer wieder Ziel von Raketen aus Gaza. Für den Likud war das nur eine Randnotiz. In einer offiziellen Erklärung hieß es, wenn Ben-Gvir unzufrieden sei mit der israelischen Sicherheitspolitik, stehe es ihm frei, die Regierung zu verlassen. Ganz so banal wäre ein Rückzug von Ben-Gvir für Netanjahu dennoch nicht. Die Regierungsmehrheit würde gegebenenfalls auf 58 Abgeordnete gegen 56 der Opposition schrumpfen - ein Zustand, der sich langfristig nicht durchhalten ließe. Quelle: [Manfred Ziegler in unsere zeit](#)

8. **Robert Habeck hat den Osten vergessen**

Die Wärmewende von Wirtschaftsminister Robert Habeck hat gerade unerwünschte Nebenwirkungen: Sie löst einen Run auf Gasheizungen aus - insbesondere auch im Osten der Republik. Das verwundert nicht und hätte dem Minister bei einem Blick auf die jüngere deutsche Geschichte als Problem auffallen müssen.

Überall in Ostdeutschland haben Haushalte Mitte bis Ende der 1990er-Jahre ihre alte DDR-Kohlenheizung rausgerissen und eine Gas- oder Ölheizung eingebaut. Diese Anlagen kommen nun ans Ende ihrer vorgesehenen Lebensdauer von 30 Jahren.

Ersatzteile gibt es für sie oft nicht mehr. Sie müssen also womöglich schon in den nächsten Jahren ersetzt werden.

Es ist die pure Existenzangst, die viele Menschen im Osten nun dazu treibt, sich schnell noch eine neue Gasheizung zu kaufen. Einen komfortablen Kapitalstock wie viele Westhaushalte haben wenige, genauso, wie sie keine auskömmliche Betriebsrente haben.

Quelle: [WirtschaftsWoche](#)

9. „Risikominderung“ spiegelt Mentalität des „Kalten Krieges“ wider

Staatsrat und Außenminister Qin Gang hat jüngst seine Europa-Reise begonnen und dabei auf der ersten Station Deutschland besucht. Aber gerade als er in Berlin ankam, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz in einer Rede vor dem EU-Parlament: „Unsere Beziehung zu China ist mit dem Dreiklang ‚Partner, Wettbewerber, systemischer Rivale‘ zutreffend beschrieben, wobei Rivalität und Wettbewerb seitens Chinas ohne jeden Zweifel zugenommen haben.“

Scholz betonte in seiner Rede auch, dass er mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen darin übereinstimme: Kein Decoupling, aber ein kluges Derisking. Auf einer Pressekonferenz mit der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock am 9. Mai sagte Qin, dass man, wenn man von „Risikoreduzierung“ spreche, zunächst darüber nachdenken müsse, was diese Risiken überhaupt sind und wo genau sie liegen. China versuche nicht, sein eigenes System zu exportieren, halte sich stets an den Weg der friedlichen Entwicklung, verfolge eine für beide Seiten vorteilhafte und gewinnbringende Strategie der Öffnung, halte sich an die internationale auf dem Völkerrecht beruhende Ordnung, und lehne Hegemonie ab. Was China dagegen nach außen exportiere, seien Chancen und nicht Krisen, Kooperation und nicht Konfrontation, Stabilität und nicht Aufruhr, Sicherheit und nicht Risiko. Was der Außenminister damit sagen wollte, ist klar: China ist keine Quelle des Risikos. (...)

Der berühmte deutsche Schriftsteller und Philosoph Richard David Precht ging kürzlich in einer Sendung des deutschen Fernsehens („Lanz & Precht“) auf die Bezeichnung für China als „systemischer Rivale“ ein. Dies sei eine Denkweise, die vom klar westlichen religiösen Denken beeinflusst ist, wo monotheistische religiöse Systeme wie das Christentum stets davon besessen sind, Andersdenkende von ihren Überzeugungen zu bekehren. In diesem Zusammenhang warf Precht die Frage auf: „Warum können wir nicht sagen, das ist deren Sache. Warum können wir sie nicht in Ruhe lassen. Sie haben doch ein Recht darauf ihren Weg zu gehen.“ Er argumentierte, dass die von Baerbock befürwortete „wertgeleitete Außenpolitik“ in Wirklichkeit eine „konfrontationsgeleitete Außenpolitik“ sei. Mit diesem moralischen Inbrunst einer „Klassensprecherin“ versuche die Außenministerin, einer Kulturnation die westlichen Werte zu erklären.

Quelle: [German.China.org.cn](https://www.german.china.org.cn)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen bzw. hören Sie dazu auch [Prechts Baerbock-Kritik - durchaus hörenswert](#) und [Am grünen Wesen soll die Welt genesen - Überlegungen zur „wertgeleiteten Außenpolitik“ von Annalena Baerbock](#).

10. Sekundär-Sanktionen: EU sucht die Isolation

Die EU plant gegen Länder, die das westliche Sanktionsregime umgehen, Sekundär-Sanktionen zu verhängen. Damit beschleunigt die EU die Suche nach Möglichkeiten zur Einhegung und Isolation des Westens, denn sie verdeutlicht damit ihren Herrschaftsanspruch. Der steht aber infrage.

Die Russland-Sanktionen funktionieren nicht. Die russische Wirtschaft wächst, Russland treibt Handel mit anderen Ländern, in Russland selbst haben die Sanktionen eine regelrechte Gründerzeit-Stimmung ausgelöst. Die Sanktionen schaden vorrangig den Unternehmen in der EU, sie treiben dort die Inflation in die Höhe und schaden der Wettbewerbsfähigkeit. Den russischen Markt haben die Unternehmen, die sich von dort zurückgezogen haben, wohl für immer verloren. Die Lücken wurden schnell von Anbietern aus anderen Ländern geschlossen.

Die Russland-Sanktionen funktionieren unter anderem deshalb nicht, weil die Mehrheit der Länder sich nicht an das westliche Sanktionsregime hält und die Sanktionen umgeht. Dass sie nicht funktionieren, liegt auch an der schwindenden wirtschaftlichen Macht des Westens. Dort, wo sie aber Wirkung zeigen, außerhalb Russlands, auf den globalen Märkten, dort lösen sie große Defizite aus und ziehen die Weltwirtschaft in Mitleidenschaft. Die Welt hat daher kein Interesse am westlichen Sanktionsregime. (...)

Bis vor Kurzem galten Sekundärsanktionen auch in der EU als völkerrechtswidrig. Jetzt möchte sie die EU dennoch gegen jene Länder verhängen, die Russland bei der Umgehung unterstützen. In einem bizarren Kommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) springt der Kommentator Nikolas Busse der EU argumentativ hilfreich zur Seite. Putin ist schuld, dass die EU jetzt sogar gegen ihr eigenes, ohnehin schon sehr weit ausgelegtes Verständnis von Völkerrecht verstoßen muss.

“Mit solchen sogenannten Sekundärsanktionen arbeiteten bisher vor allem die Vereinigten Staaten. Soweit sie europäische Firmen betrafen, betrachtete die EU sie sogar als völkerrechtswidrig. Putin erzwingt nun auch hier eine realpolitische Neuausrichtung.”

Putin zwingt die EU zum Völkerrechtsverstoß. Deutscher Qualitätsjournalismus in seiner finalen Form.

Quelle: [Gert Ewen Ungar auf RT DE](#)

Anmerkung Christian Reimann: Die Parole von hiesigen Medien und Politik lautet sinngemäß, dass sich Deutschland und die EU bzw. sogar ganz Europa von Russland unabhängig machen müsse. Aber die diskutierten Sekundär-Sanktionen der EU sind vor allem eine Folge der sehr engen Bindung der Entscheidungsträgerschaft innerhalb der EU - insbesondere auch der deutschen - an die USA. Bedient werden die Interessen sehr Vermögender in den USA während hierzulande ein massiver

Wohlstandsverlust droht. Zumindest bisher unternimmt die deutsche Bundesregierung viel zu wenig, um Schaden von der hiesigen Bevölkerung abzuwenden.

11. **Studie stellt haufenweise gefälschte Publikationen fest**

„Fake Science“ mit Künstlicher Intelligenz wird laut einer neuen Studie zum Massenproblem. Die Auswirkungen sind gravierend.

Unsinnige wissenschaftliche Artikel, deren Inhalt erfunden ist, finden immer häufiger Eingang in anerkannte akademische Zeitschriften. Das ergibt eine Studie, die der Direktor des Instituts für Medizinische Psychologie an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Bernhard Sabel, zusammen mit seinen Mitarbeiterinnen Emely Knaack und Mirela Bilc sowie in Kooperation mit Gerd Gigerenzer vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin auf dem „elife preprint server“ publiziert hat. Die Studie wird in diesen Tagen in der Fachzeitschrift „Science“ kommentiert.

Sabel und Kollegen haben eine Methode entwickelt, wie Verdachtsfälle solcher Fake-Arbeiten im Bereich der Biomedizin identifiziert werden können, und dadurch eine Schätzung berechnet, wie verbreitet das Problem ist. Demnach sind rund 28 Prozent aller weltweiten Publikationen verdächtig, gefälscht zu sein, davon viele mit Künstlicher Intelligenz verfasst und trotz unsinnigen Inhalts von renommierten Fachzeitschriften veröffentlicht. „Fake Science hat industrielle Ausmaße angenommen“, beklagt Sabel im Gespräch mit dieser Zeitung: „Es geht um mehr als 300.000 Publikationen im Jahr, und das alleine in der Biomedizin.“

Die Arbeiten kommen weit überwiegend aus Ländern mit autokratischen Regierungen, die Wissenschaftler und Ärzte unter enormen Publikationsdruck setzen. Länder mit hohem Fälschungsanteil sind der Studie zufolge Russland, Türkei, Ägypten, China und Indien mit Werten zwischen 39 und 48 Prozent aller veröffentlichten Arbeiten, wobei absolut betrachtet China mit 55 Prozent Spitzenreiter ist. Bei aus Europa eingereichten Arbeiten sind „nur“ fünf Prozent Fake. Hier führt Italien mit elf Prozent, Deutschland liegt bei sechs Prozent, die Ukraine bei drei Prozent. Der Wert für die Vereinigten Staaten ist ebenfalls drei Prozent.

Quelle: [FAZ](#)

12. **Bericht über sprunghaften Anstieg: Deutlich mehr kranke Pflegekräfte**

Der Krankenstand in der Pflege ist bereits hoch, im vergangenen Jahr ist er aber noch einmal sprunghaft gestiegen: Wie Daten der Techniker Krankenkasse zeigen, sind Pflegekräfte rund 30 Tage im Jahr krankgeschrieben.

Psychische Erkrankungen, Atemwegsinfekte und Rückenleiden: Diese Diagnosen wurden im vergangenen Jahr am häufigsten gestellt, wenn Pflegekräfte krankgeschrieben wurden. Laut Daten der Techniker Krankenkasse (TK), die dem

Evangelischen Pressedienst vorliegen, nahmen die Krankschreibungen im Vergleich zu 2021 um 40 Prozent zu.

Mit durchschnittlich fast 30 Fehltagen lagen die Pflegekräfte damit 2022 rund 57 Prozent über dem Durchschnitt aller Beschäftigten. Altenpflegekräfte sind im Schnitt noch einmal viereinhalb Tage pro Jahr länger krank als Pflegekräfte im Krankenhaus. In den vergangenen zehn Jahren seit 2012 lag die Zahl der Fehltag bei den Altenpflegekräften bei rund 25 im Jahr, bei Krankenschwestern und -pflegern bei rund 21,5 Tagen. In allen anderen Branchen zusammen fehlten Berufstätige in den vergangenen zehn Jahren im Schnitt 14 Tage im Jahr, im Corona-Jahr 2022 waren es 18 Tage.

Quelle: [tagesschau](#)

13. **Zukunft der Altenpflege: Das hausgemachte Pflegedesaster**

Eine steigende Zahl von Pflegebedürftigen, weniger Fachkräfte, niedrigere Renten und kaum Wohnraum: Deutschland droht eine dramatische Pflegekrise.

Erinnern Sie sich noch an die Geschichten über glückliche ältere Menschen, die von einer polnischen Pflegekraft, meist einer Frau, rund um die Uhr versorgt wurden? Die Polin wohnte mit im Haus oder in der großzügigen Wohnung und umsorgte den alten Menschen liebevoll. Diese Geschichten gibt es heute immer noch, aber man hört von vielen Menschen mittlerweile eher Klagen über das Pflegedesaster: kein bezahlbarer Heimplatz zu finden, zu wenig und überlastetes Personal. Die Pflegekrise indes deutete sich bereits vor 20 Jahren an.

Jetzt steuert diese Krise in eine offensichtliche Ausweglosigkeit: Eine steigende Zahl von Pflegebedürftigen, die zudem immer älter werden und intensiver denn je betreut werden müssen trifft auf eine sinkende Zahl von Pflegekräften, die noch mehr zu tun haben und alsbald an ihre physischen und psychischen Grenzen geraten. Hinzu kommen höhere Kosten durch gestiegene Energie-, Lebensmittel- und Betreuungspreise. Ein Mix, der, wie Pflegeökonom:innen sagen, ein „Heimsterben in Deutschland“ bewirkt.

Allein in diesem Jahr gingen rund 200 Pflegeeinrichtungen in die Insolvenz, im vergangenen Jahr waren es mehr als doppelt so viele.

Quelle: [taz](#)

14. **Zahlenchaos: Wie viele Lehrer fehlen in Bayern wirklich?**

Das Kultusministerium sagt: Bayern konnte in den vergangenen Jahren alle offenen Lehrerstellen besetzen. Laut Lehrerverband aber fehlen 4.000 Lehrkräfte – Umfragen bestätigen Lücken. Woher kommen die unterschiedlichen Zahlen?

Im Herbst 2022 führte Forsa eine repräsentative Befragung durch. Im Auftrag des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) interviewte die Sozialforschungsgesellschaft rund 1.300 Schulleiter und Schulleiterinnen zur Situation an ihren Schulen, unter

anderem auch zu unbesetzten Stellen. Laut dem Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV), der Teil des VBE ist, waren darunter rund 250 Rektoren und Rektorinnen aus Bayern.

Das veröffentlichte Ergebnis - rund zehn Prozent der Lehrkräftestellen in Bayern seien nicht besetzt - traf auf scharfe Kritik beim Bayerischen Kultusminister Michael Piazzolo. Die Daten würden nicht stimmen, es gebe methodische Schwächen. Auch Einschätzungen und Gefühle seien abgefragt worden; es werde nicht klar, welche Schularten unter welcher Trägerschaft einbezogen wurden.

Ein Rückschluss von rund 250 Schulleitern auf ganz Bayern ist vielleicht zu einfach. Der Vorfall steht jedoch beispielhaft für eine undurchsichtige Faktenlage in Bayern, wenn es um die Bezifferung des Lehrermangels geht.

Quelle: [BR24](#)

15. **Gender-Terror: Die Erziehungsmaßnahmen der Sprachpolizisten nerven!**

Bei den öffentlich-rechtlichen Sendern entkommt man der Gendersprache nicht, obwohl die meisten Zuschauer sie ablehnen. Unsere Autorin fühlt sich diskriminiert. An einem Probenwochenende spricht unser Chorleiter plötzlich von Sänger:innen und Besucher:innen. Ich spüre, wie mir die Gender-Stolperer in den Magen fahren und meine Gedanken wegdriften. Ich verpasse den Einsatz, blättere in den Noten und denke, dass er es nicht ernst meinen wird. Nicht dieser gewitzt-gewandte Bayer, ein genialer musikalischer Kopf, der Laienchören noch jedes fremde Stück beibringt, von Bachs „h-Moll-Messe“ bis Queen. Hatte er nicht jüngst die Chor-Debatte über angebliche kulturelle Aneignung unserer „Porgy und Bess“-Aufführung mit ausladender Gelassenheit abgewendet? Na, also.

Ich kann unmöglich auch noch auf meinen Chor verzichten. Ich habe Amtsschreiben entsorgt, Unterhaltungen verlassen, Podcasts abbestellt und Sendungen aussortiert, weil ich die Genderstolper-Sprache nicht ertrage. Ich arbeite ein Leben lang mit Sprache, sie ist mein Werkzeug. Als Redakteurin habe ich über Jahrzehnte Tausende Texte redigiert, also verständlicher und lesbarer gemacht.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)